Positive Entwicklung: Lehrkräfteversorgung in Berlin
Eine Übersicht zur spürbar verbesserten Bildungspolitik in Berlin
Seite 2

Friedlicheres Silvester – Berlin auf dem richtigen Weg
Weniger Brände, weniger verletzte Polizisten, Böllerverbotszonen erfolgreich
Seite 5

klartext

NEU
Kiez-Ausgabe
Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloß und Müggelheim im Innenteil

zur Stadt, Ihrem Kiez & dem Berliner Parlament | Zeitung der CDU-Fraktion Berlin | Februar 2026

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

das neue Jahr ist schon gut zwei Monate alt – und die ersten zehn mobilen Bürgersprechstunden im Format „Auf ein Getränk mit Ihrem Abgeordneten“ liegen hinter uns. Danke für die vielen offenen Gespräche, Hinweise und Anregungen aus Müggelhort, Müggelheim, Wendenschloß, der Altstadt/Kietz und dem Allende-Viertel. Genau dieser direkte Austausch vor Ort motiviert mich, das Angebot mit hoher Frequenz fortzusetzen.

Ihre Anliegen nehme ich mit ins Abgeordnetenhaus und bringe sie konsequent in die parlamentarische Arbeit ein – oft auch über Schriftliche Anfragen an den Senat. Mit der Verwaltungsreform, die seit dem 1. Januar 2026 gilt, sollen Zuständigkeiten klarer werden und Verfahren spürbar schneller laufen; erste Effekte zeichnen sich bereits ab.

Berlin wird dabei von der Koalition aus CDU und SPD Schritt für Schritt vorangebracht – und auch im Bund setzt die Union gemeinsam mit der SPD wichtige Impulse für Stabilität und Handlungsfähigkeit. Ich bleibe dran: sachlich, hartnäckig und immer mit dem Ziel, dass sich im Kiez konkret etwas verbessert. **Melden Sie sich gern – in der Sprechstunde oder per E-Mail. Jede Rückmeldung hilft, Prioritäten zu setzen.**

Herzliche Grüße, Ihr

Martin Sattelkau
Ihr Abgeordneter für Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloß, Müggelheim

Berliner Jahreszeiten

Die Tage werden spürbar länger, heller, freundlicher. Die Stadt streckt sich dem Frühling entgegen.

Foto: IMAGO/A. Friedrichs

Linksextremistischer Anschlag auf das Stromnetz – Berliner schützen

Berlin sichert Energie- und Wasserversorgung sowie Mobilfunknetze

Mit dem Anschlag auf das Berliner Stromnetz hat der Linksextremismus eine neue Eskalationsstufe erreicht. 45.000 Haushalte im Südwesten der Stadt waren plötzlich ohne Strom, Heizung, Wasser und Mobilfunk – mitten im Winter. Dieser Angriff richtete sich nicht gegen Sachen, sondern gegen das Leben und die Gesundheit von Menschen.

Schon früh ordnete der Regierende Bürgermeister Kai Wegner die Tat als das ein, was sie ist: ein linksextremistischer Terroranschlag. Diese klare Benennung war wichtig und richtig. Während andere politische Kräfte zögerten, relativierten oder ausweichen wollten, setzte der Regierende Bürgermeister auf Klarheit. Die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt bestätigte diese frühe Einschätzung.

Gefährlicher Linksextremismus versetzt

45.000

Haushalte in Ausnahmesituation

Linksextremismus ist kein Randphänomen

Der Anschlag macht deutlich, dass Linksextremismus längst nicht nur Sachbeschädigung oder etwas Krawall bedeutet. Wer gezielt die Energieversorgung sabotiert, nimmt bewusst in Kauf, dass Menschen sterben können, weil z.B. medizinische Geräte ausfallen. Das ist Terror gegen die Zivilbevölkerung.

Deshalb ist es gefährlich, wenn Grüne oder Linke („Das hat mit Links nichts zu tun.“) versuchen, solche Taten zu relativieren oder sprachlich zu vernebeln. Gewalt gegen kritische Infrastruktur ist kein Protest, sondern ein Angriff auf uns alle.

Strom kehrte zum Glück früher zurück

Nicht alles ist in dieser Ausnahmesituation reibungslos verlaufen. Dennoch wurde das Krisenmanagement zügig aufgenommen und umgesetzt, eine riesige Hilfsbereitschaft setzte ein. Einsatzkräfte, Energieversorger und Verwaltung arbeiteten eng zusammen,

... weiter auf Seite 2 oben

OLYMPIA

90 %

der Sportstätten sind schon vorhanden. Kampagne offiziell vorgestellt: „Berlin gewinnt (mit) Olympia“

Seite 7

INFO — GRAFIK

So wohnt Berlin
Zahlen und Fakten zum Berliner Mietmarkt

Seite 3

Neubau und Mieterschutz greifen: Berlin stärkt bezahlbares Wohnen

Berlin genehmigt erneut über 5000 Wohnungen und beschließt Wohnraumsicherungsgesetz

Berlin setzt seine Anstrengungen fort, bezahlbaren Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung zu schaffen. Auch im Jahr 2025 wurde erneut ein wichtiges Ziel erreicht: Das Land hat 5175 neue Sozialwohnungen bewilligt und damit die Marke von 5000 Wohnungen pro Jahr zum zweiten Mal in Folge übertroffen. Etwa 80 % des geförderten Wohnraums wird von landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften errichtet, und auch Genossenschaften tragen mit mehreren Projekten signifikant zum sozialen Wohnungsbau bei.

Kein Wohnraum-Missbrauch mehr

Zusätzlich zu den Neubauzahlen hat der Senat von Kai Wegner im Januar 2026 ein umfassendes Wohnraumsicherungsgesetz mit flankierenden Maßnahmen beschlossen, das den Mieterschutz stärkt, Missbrauch von Wohnraum eindämmt und den bestehenden Bestand besser nutzbar macht. Dazu gehören unter anderem strengere Vorgaben für „Wohnen auf Zeit“, ein Ausbau der Mietpreisprüfstelle, personelle Verstärkung der Bezirksämter zur Bekämpfung überhöhter Mieten sowie Maßnahmen gegen Zweckentfremdung und Schrottimmobilien. Das Gesetzespaket soll sicherstellen, dass bezahlbarer Wohnraum nicht nur geschaffen, sondern auch langfristig erhalten wird. Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt die positiven Entwicklungen in der Wohnungsbaupolitik ausdrücklich.

Der Mieterschutz in Berlin wurde gestärkt
Foto: IMAGO/Westend61

Jahre des Stillstands sind vorbei

Nach Jahren des Stillstands unter den vorherigen Senaten und mit Stadtentwicklungssenatoren der Linkspartei ist es ein echter Erfolg, dass das Ziel der Koalition, jährlich mindestens 5000 neue Sozialwohnungen zu ermöglichen, erneut übertroffen wurde. Die Fraktion hebt hervor, dass diese Fortschritte gerade in einer Stadt mit hohem Druck auf dem Wohnungsmarkt wichtig sind, um bezahlbare Wohnungen für Familien, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren sowie Menschen mit geringem Einkommen zu sichern.

Mit Blick auf die Zukunft betonen die Unionspolitiker im Abgeordnetenhaus, dass Wohnungsbau und Mieterschutz Hand in Hand gehen müssen. Dafür haben die Koalitionsfraktionen unter Führung der CDU knapp eine Milliarde Euro jährlich an zusätzlichen Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt.

Zusätzlich eine Milliarde Euro für sozialen Wohnungsbau

Gleichzeitig wurde das Baurecht verschlankt. Nur so könne Berlin dem Ziel näherkommen, den angespannten Wohnungsmarkt dauerhaft zu entlasten und das Wohnen für alle lebenswert zu gestalten. Verfassungswidriger Aktionismus wie ein Mietendeckel und Enteignungen würden diese Erfolge wieder zunichte machen.

... Fortsetzung von Seite 1

um die Schäden zu beheben. Dass Strom und Wärme früher zurückkehrten als zunächst befürchtet, zeigt, dass das Zusammenspiel der beteiligten Stellen am Ende gut funktioniert hat. Was nicht gut gelaufen ist, wird nun analysiert und aufgearbeitet, um für künftige Lagen besser vorbereitet zu sein.

Konsequenzen ziehen

Der Anschlag ist ein Anlass zum Umdenken. Kritische Infrastruktur muss besser geschützt werden, und linksextremistische Netzwerke müssen konsequent verfolgt und zerschlagen werden. Als Sofortmaßnahme wurden alle bekannten Schwachpunkte im Stromnetz mit Videoschutz ausgestattet. Mobilfunkbetreiber sollen sicherstellen, dass Ihre Netze auch bei einem Stromausfall weiter funktionieren. Das Ausrufen einer Großschadenslage muss dringend angepasst werden, um den Hilfseinsatz von Katastrophenschutzbehörden und den Hilfseinsatz der Bundeswehr frühestmöglich zu ermöglichen. Der Regierende Bürgermeister hat deutlich gemacht, dass Berlin hier nachschärfen wird. Die CDU-Fraktion arbeitet mit dem Koalitionspartner an weiteren Maßnahmen und Vorschlägen zum Schutz kritischer Infrastruktur. Ergebnisse und Konzepte sollen kurzfristig vorliegen. Denn Wegschauen oder Verharmlosen ist keine Option.

Berlin will die Einziehung von Tatfahrzeugen erleichtern

Der Berliner Senat hat einen Gesetzentwurf von Justizsenatorin Dr. Felor Badenberg (CDU) beschlossen, mit dem sich das Land über den Bundesrat für klarere Regeln zur Einziehung von Fahrzeugen einsetzen wird, die bei schweren Straftaten genutzt werden. Das ist beispielsweise der Transport von Betäubungsmitteln. Künftig soll es leichter möglich sein, solche Autos dauerhaft einzuziehen. Ziel ist es, kriminellen Strukturen die Nutzung von Fahrzeugen zu erschweren. Der Gesetzentwurf wird von der CDU-Fraktion Berlin unterstützt.

Tatfahrzeuge von Kriminellen sollen sichergestellt werden können Bild: 4o

Positive Entwicklung: Lehrkräfteversorgung in Berlin auf gutem Weg

Die Bildungspolitik hat sich in Berlin spürbar verbessert. Eine Übersicht.

Berlin verzeichnet im Bildungsbereich spürbare Fortschritte, nicht zuletzt aufgrund politischer Maßnahmen, die maßgeblich von der CDU-Fraktion Berlin getragen und vorangetrieben wurden. In den vergangenen Jahren gelang es, zentrale Herausforderungen wie die Lehrkräfteversorgung anzugehen, die Ergebnisse im Bildungsranking zu verbessern und wichtige gesetzliche Reformen umzusetzen.

Lehrergewinnung erfolgreich: Das rechnet sich für Berlins Schüler Bild: 4o

Lehrermangel geht zurück – Unterricht wird verlässlicher

Zum Schulanfang 2025 konnte CDU-Bildungssenatorin Günther-Wünsch auf eine deutliche Entlastung im Lehrbetrieb verweisen. Der langjährige Engpass bei Lehrkräften, der viele Schulen belastete und Unterrichtsausfall zur Folge hatte, wurde nachhaltig reduziert. Durch verstärkte Einstellungsprogramme, attraktive Arbeitsbedingungen und zielgerichtete Personalgewinnung konnte die Zahl der unbesetzten Lehrerstellen drastisch reduziert werden. Nur noch 207 Lehrkräftestellen waren zum Stichtag am 1. November 2025 nicht besetzt. Im Schuljahr 2022/23 lag die Zahl von SPD-Vorgängerin Astrid-Sabine Busse noch bei knapp 1000 Stellen.

Berlin im Bildungsranking auf dem Vormarsch

Auch in überregionalen Vergleichsstudien zeigt sich der positive Trend: Berlin hat seine Position in aktuellen Bildungsrankings auf Platz 11 verbessert und Anschluss an andere Bundesländer gefunden. Insbesondere bei Indikatoren wie Abschlussquoten, Lernfortschritten und Teilhabechancen liegen die Ergebnisse über dem früheren Landesdurchschnitt. Diese Entwicklung spiegelt nicht nur die Anstrengungen von Schulen wider, sondern auch die Wirkung politischer Rahmenbedingungen, die gute Bildung gezielt fördern.

CDU-Fraktion als Reformer für bessere Bildung

Ein zentraler Baustein für die gute Entwicklung war auch die Reform des Berliner Schulgesetzes, welches die Koalition im Abgeordnetenhaus beschlossen hat. Die CDU-Fraktion hatte auf eine verbindlichere Vorschulpflicht, die Lernchancen aller Kinder stärkt sowie auf den Abbau bürokratischer Barrieren beim Übergang in weiterführende Schulen und ab dem Schuljahr 2025/2026 auf ein verpflichtendes 11. Schuljahr für Jugendliche ohne Ausbildungs- oder Schulplatz nach der 10. Klasse bestanden. Am Ende mit Erfolg.

> *Wir setzen auf Maßnahmen wie die Weiterbildung von Quereinsteigern, den Einsatz von Pensionären und die gezielte Ansprache ausländischer Lehrkräfte.*
>
> **Katharina Günther-Wünsch**
> Senatorin für Bildung, Jugend und Familie von Berlin

Mehr Qualität, mehr Chancen, mehr Verlässlichkeit

Die aktuellen Entwicklungen zeigen: Gute Bildungspolitik kann einen Unterschied machen. Durch die Initiativen im Schulbereich der CDU-Fraktion Berlin gemeinsam mit Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) konnten strukturelle Probleme wie der Lehrermangel entschärft, die schulische Leistung gestärkt und rechtliche Rahmenbedingungen verbessert werden. Diese Fortschritte kommen direkt den Schülern, den Lehrkräften und den Familien zugute.

Weiterbau der A 100 bis Frankfurter Allee

Deutliche Mehrheit der Berliner und Bundesregierung für den weiteren Ausbau

Autobahnen können Stadtstraßen entlasten, Industriearbeitsplätze besser anbinden, Staus abbauen. Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion Berlin den Weiterbau der A 100 bis zur Frankfurter Allee (17. Bauabschnitt).

Auch die CDU-geführte Bundesregierung will diesen Abschnitt „schnellstmöglich umsetzen“, heißt es in der Antwort einer parlamentarischen Anfrage.

Wirtschaftsverbände wie die Industrie- und Handelskammer (IHK) drängen auf eine zügige Fortsetzung der Bauarbeiten. „Ohne dieses zentrale Straßenprojekt ist an beruhigende Straßenumbauten in der City nicht zu denken“, heißt es in einer Erklärung. Für die Unterführung des Ostkreuzes seien bereits bauliche Voraussetzungen geschaffen worden.

Eröffnung von Abschnitt 16 der A 100: Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder (2. v. l.), Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner Foto: IMAGO/Stefan Zeitz

57 Prozent der Berliner für A 100-Ausbau

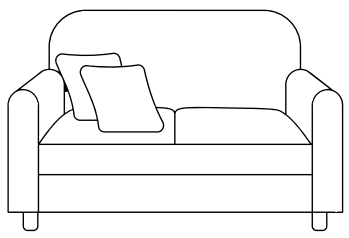
Auch eine deutliche Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner plädiert für die Verlängerung der A 100: In einer repräsentativen Civey-Umfrage sprachen sich im September letzten Jahres 57 Prozent dafür aus.

Aktuell endet die Schnellstraße mit Vollendung des 16. Bauabschnitts an der Elsenbrücke. Das Nadelöhr wird zeitnah entschärft: eine 2+2 Verkehrsführung wird eingerichtet, wobei zwei Fahrstreifen über die beiden Behelfsbrücken und zwei Fahrstreifen über das neue nordwestliche Teilbauwerk geführt werden. Für Fuß- und Radverkehr stehen zusätzliche Streifen zur Verfügung.

So wohnt Berlin

Zielstrebig zu mehr Wohnraum – lebenswert und bezahlbar: Zahlen und Fakten zum Berliner Mietmarkt

Eine der brennendsten sozialen Fragen ist die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in unserer wachsenden Hauptstadt. Als Folgen von zu wenig Wohnungsneubau zur Regierungszeit der Linken und Stadtentwicklungssenatoren der Linkspartei blieb der Berliner Wohnungsmarkt weiterhin angespannt. Die CDU-Fraktion setzt in der Koalition auf einen breiten Mix: Wohnraum durch Neubau von privaten und landeseigenen Unternehmen sowie Genossenschaften und gezielte Eigentumsförderung, denn Enteignung schafft keine einzige neue Wohnung. Es geht darum, wieder Ordnung auf dem Wohnungsmarkt und faire Bedingungen für Mieter und Eigentümer herzustellen und um Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigung und Digitalisierung.



Neuer WBS 220

Mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS) bestätigt das Land Berlin: Dieser Haushalt darf eine günstige Sozialwohnung mieten, deren Bau gefördert wurde. WBS 140, 160, 180 und 220 unterscheiden sich abhängig vom Haushaltseinkommen. Beim neuen WBS 220 liegt die Grenze für z. B. zwei Erwachsene mit einem Kind bei 49.720 €. WBS 220 berechtigt damit einen breiteren Kreis (ca. 60 % der Haushalte) zum Mieten bestimmter geförderter Wohnungen.

Kommunale Wohnungsunternehmen

Sechs Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften (LWU), deren Eigentümer und Gesellschafter das Land Berlin ist, bewirtschaften mit der Erfahrung von bis zu 125 Jahren fast jede vierte Mietwohnung (rund 375.000[1]) in Berlin. Sie errichten rund 80 % des geförderten Wohnraums. Sie stehen für soziale Verantwortung, guten und bezahlbaren Wohnraum, kontinuierlichen Wohnungsneubau, starke Quartiere, sozialen Zusammenhalt und eine nachhaltige Entwicklung. Die LWU vermieten verpflichtend 63 % aller freiwerdenden Wohnungen an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein.

Eine Kooperationsvereinbarung der LWU mit dem Land Berlin gilt auch für die klassischen Mietwohnungen im Eigenbestand der Berlinovo.

Die LWU bilden mit Privatunternehmen, Privatpersonen und Genossenschaften die Berliner Mischung der Vermieter.

[1] Anzahl an Wohnungen (LWU + Berlinovo)

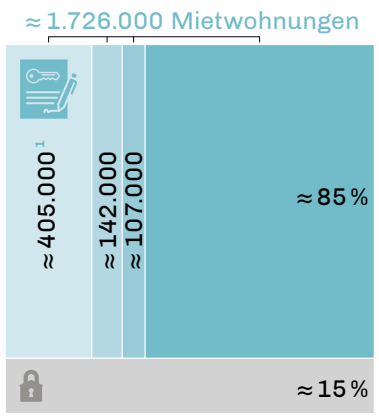
degewo	82.000
GESOBAU	48.700
Gewobag	75.000
HOWOGE	82.150
STADT UND LAND	53.300
WBM	34.000
Berlinovo*	29.800

* Eigenbestand klassischer Mietwohnungen der Berlinovo, für die auch eine Kooperationsvereinbarung der LWU gilt

Stand: Ende 2025 | Quellen: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, www.inberlinwohnen.de, Webseiten aller sechs LWU, Wohnungsbaugenossenschaften Berlin, IBB Wohnungsmarktbericht 2024, Abgeordnetenhaus von Berlin | Icons: „Sofa“ von Arfan Haq, „Sonnenschirm“ von InYoung Park, „Stoppuhr“ von Gregor Cresnar, „Mietvertrag“ von Soekahurip, „Blumen“ von Ardhian Rama, „Baukran“ von KUSNIYAH, „Geld“ von lianaa, „Schlüssel“ von Muhammad Nur Auliady Pamungkas; alle von thenounproject.com

Schneller-Bauen-Gesetz

Das Ende 2024 beschlossene Gesetz der CDU-geführten Koalition beschleunigt und vereinfacht Planungs- und Genehmigungsverfahren durch klare Zuständigkeiten und digitale Prozesse. Für größere Bauvorhaben bündeln Bauantragskonferenzen frühzeitig alle relevanten Behörden mit dem Antragsteller, um Unklares schnell zu klären. Außerdem wurden Leitfäden vereinheitlicht und Verfahren digitalisiert.

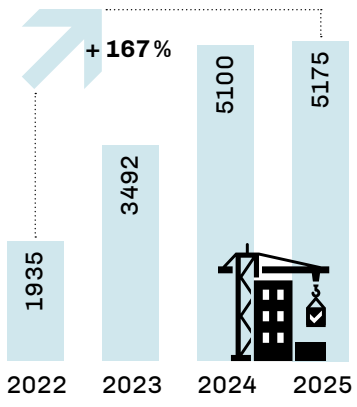


Gesamt: ≈ 2.030.000 Wohnungen

Berliner Wohnungsbestand

- LWU + Berlinovo
- Deutsche Wohnen bzw. Vonovia, das private Wohnungsunternehmen mit den meisten Wohnungen in Berlin
- Wohnungsbaugenossenschaften Berlin, Zusammenschluss von 31 Unternehmen
- private Kleinvermieter, diverse private Wohnungsunternehmen, Private-Equity-Investoren
- in Eigennutzung/nicht vermietet

Genehmigungen von Sozialwohnungen



Soziale Wohnraumförderung auf Rekordniveau

3,3 Mrd. €

Die CDU-geführte Koalition setzt neue Maßstäbe und erweitert die Wohnungsbauförderung. Damit sichert sie, dass jährlich tausende neue Sozialwohnungen entstehen können: 2024 und 2025 jeweils bereits über 5000. 2026 und 2027 wird mit 1,5 beziehungsweise 1,8 Milliarden Euro ein Rekordniveau erreicht. Das sind jeweils rund 1 Milliarde Euro mehr als im letzten Doppelhaushalt vorgesehen und ein Vielfaches der Mittel aus dem Jahr 2024. Zentraler Baustein ist der Wohnraumförderfonds Berlin (SWB) in den über 750 Millionen Euro allein aus dem Bundes-Sondervermögen fließen. Bauherren erhalten die aufgestockten staatlichen Fördergelder unter der Bedingung, dass sie neuen Wohnraum zu einer Miete zwischen 6 Euro bis 11,50 Euro je Quadratmeter schaffen. Die Sozialbindung ist auf 30 Jahre begrenzt.

Mietpreisprüfstelle

Mietforderungen können kostenlos auf Verstöße gegen den gesetzlichen Rahmen der Mietpreisbremse geprüft werden – eine langjährige Forderung der CDU-Fraktion. Die ortsübliche Vergleichsmiete, siehe Mietspiegel, darf nur um höchstens 10 % überschritten sein, sonst liegt ein Verstoß vor. Zuständig für die Verfolgung sind die bezirklichen Wohnungsämter. Gegen illegalen Mietwucher wird es ab diesem Jahr in jedem Bezirk Miet-Sheriffs geben.

Mietkosten pro Quadratmeter

6,39 €/m²
Druchschnittliche Nettokaltmiete der landeseigenen Wohnungsunternehmen (2024)

7,21 €/m²
ortsübliche Vergleichsmiete nettokalt in Berlin laut qualifiziertem Mietspiegel 2024

15,74 €/m²
Angebotsmiete (Median) nettokalt auf dem freien Berliner Wohnungsmarkt (2024)

Friedlicheres Silvester – Berlin auf dem richtigen Weg

Weniger Brände, weniger verletzte Polizisten, Böllerverbotszonen erfolgreich

Silvester in Berlin, das war in rot-grün-roten Regierungszeiten ein stark zunehmendes Gewaltproblem. Der Jahreswechsel 2025/26 war zwar nicht völlig gewaltfrei, insgesamt aber erneut friedlicher als im Vorjahr und erst recht als der Jahreswechsel 2022/23.

14 Personen in Unterbindungsgewahrsam

Die Berliner Feuerwehr meldete rund 200 weniger Brände, die Polizei etwas weniger verletzte Einsatzkräfte, die Beschränkungen in den vier Böllerverbotszonen wurden weitgehend eingehalten.

Es wurde knallhart durchgegriffen: 430 Personen wurden festgenommen, 14 kamen in Unterbindungsgewahrsam, damit sie nicht weitere Straftaten begehen. Es gab rund 800 Ermittlungsverfahren wegen Verstöße gegen das Waffen- und das Sprengstoffgesetz.

220.000 Knallkörper eingezogen

Mit Razzien und Beschlagnahmungen gingen Polizeikräfte erfolgreich gegen den verdeckten Pyro-Markt vor: 220.000 Stück Pyrotechnik konnten aus dem Verkehr gezogen werden, darunter 109.000 Stück illegales Feuerwerk. Auf diese Weise konnten jede Menge brandgefährliche Explosionen verhindert werden.

109.000

Stück illegales Feuerwerk konnten beschlagnahmt werden

Die Silvester-Bilanz zeigt: Berlin ist auf dem richtigen Weg, friedlichere Silvesterfeiern sind gewünscht und mit guten Willen machbar. Denn die allermeisten Berlinerinnen und Berliner wollen friedlich den Jahreswechsel feiern und auch mal im begrenzten Umfang feuerwerken.

Lächeln und Daumen hoch für ein Erinnerungsfoto mit der Feuerwehr, die in der Silvesternacht deutlich weniger Brände löschen musste Foto: IMAGO/Seeliger

Ein kleiner Pieks mit großer Wirkung

Höhere HPV-Impfquote soll langfristig Krebserkrankungen verhindern

Die HPV-Impfquote in Berlin bleibt deutlich hinter medizinischen Empfehlungen zurück und das, obwohl die Impfung als hochwirksam gilt, um spätere Krebserkrankungen zu verhindern. Eine neue Initiative der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus soll das nun ändern.

Zahlen, die alarmieren

Laut des Barmer-Arzneimittelreports 2024 sind in Berlin **39,8 Prozent der Mädchen** und sogar **73,3 Prozent der Jungen** bis 13 Jahren **nicht vollständig gegen HPV geimpft**. Damit liegt die Hauptstadt leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt – und weit von einem ausreichenden Schutz der Bevölkerung entfernt.

Das Problem ist kein harmloses: **Bundesweit erkranken jedes Jahr 6250 Frauen und 1600 Männer an HPV-induzierten Karzinomen.** Wissenschaftliche Studien aus Schweden und Großbritannien zeigen, dass eine Impfung vor dem 17. Lebensjahr das Krebsrisiko drastisch reduziert.

Eltern wissen oft zu wenig

Die CDU-Fraktion empfiehlt, dass Informationen zur HPV-Impfung in Berlin systematisch weitergegeben werden. Eltern seien häufig unsicher oder gingen davon aus, dass die Impfung „auch später“ erfolgen könne – ein Eindruck, der laut einer deutschen Studie von **46 Prozent der befragten Eltern** geteilt wird.

73,3 %

der Jungen bis 13 Jahren sind in Berlin nicht vollständig gegen HPV geimpft

Tapfere Patientin: Mit der HPV-Impfung ist sie gut geschützt Foto: IMAGO/HalfPoint Images

Hinzu kommt: Obwohl die Impfung zwischen 9 und 15 Jahren empfohlen wird, wird sie bei den Vorsorgeuntersuchungen U11 und J1 oft nicht ausreichend thematisiert.

HPV-Impfberatungs- und Einladungssystem

Die CDU-Fraktion will das ändern. Im Zentrum des Antrags steht die Forderung nach einem **verbindlichen HPV-Impfberatungs- und Einladungssystem**, vergleichbar mit Modellen in anderen Bundesländern, die bereits Erfolge erzielen.

Erfolgreicher Impfschutz

Am Ende geht es um einen einfachen Zusammenhang: Je früher geimpft wird, desto besser ist der Schutz. Damit diese Chance in Berlin nicht länger vom Zufall abhängt, sollen klare Strukturen geschaffen werden. Mehr Information, mehr Verbindlichkeit – und damit mehr Gesundheit für eine ganze Generation. Das tut Berlin gut.

klartext
Kiez-Ausgabe
Neues aus den Kiezen Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloß und Müggelheim Februar 2026

Einladung zum Bürgerforum mit Senatorin Katharina Günther-Wünsch

Bildung und Zukunft für Treptow-Köpenick im Fokus

Der Abgeordnete Martin Sattelkau lädt die Bürgerinnen und Bürger aus Treptow-Köpenick zu einem besonderen Bürgerforum ein. Am Montag, den 16.03.2026, um 18:00 Uhr wird im Altstadttheater Köpenick die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin, Katharina Günther-Wünsch, erwartet. Neben ihr nimmt auch Bezirksstadtrat Marco Brauchmann teil, der im Bezirksamt Treptow-Köpenick die Bereiche Weiterbildung, Schule, Sport und Kultur verantwortet.

Das Bürgerforum knüpft an einen erfolgreichen Austausch im Herbst 2025 an, bei dem die Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, Ute Bonde, zu Gast war. Sattelkau, der politische Entscheidungen auf Landesebene näher an die Menschen vor Ort bringen möchte, setzt mit diesem Format auf einen praxisnahen Dialog. „Uns ist wichtig, auf die Anliegen der Menschen einzugehen und gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen zu finden, die unsere Schulen und Kitas betreffen“, betont Sattelkau.

Inhaltlich setzt das Forum Schwerpunkte, die bereits in Gesprächen im Sommer 2024 angesprochen wurden. Damals besuchte die Senatorin den Nature Campus der Berlin Cosmopolitan School am Müggelsee und führte einen intensiven Austausch mit lokalen Akteuren. Nun kehrt sie zurück, um die weitere Entwicklung sowie konkrete Bedarfe vor Ort zu diskutieren.

Gerade in Treptow-Köpenick spüren viele Familien die Herausforderungen im Alltag: Unterricht fällt aus, Vertretungen sind knapp, die Kitaplatzsuche kostet Zeit, und bei Bau- und Sanierungsprojekten wünschen sich Eltern wie Schulen mehr Tempo und Verlässlichkeit. Gleichzeitig steigen die Anforderungen – vom Ganztag über Inklusion bis zur digitalen Ausstattung. Das Bürgerforum soll deshalb nicht nur informieren, sondern konkrete Fragen aufnehmen und gemeinsam Lösungswege suchen.

Der Ablauf ist bewusst dialogorientiert: Nach kurzen Impulsen der Gäste steht die Diskussion im Mittelpunkt. Fragen oder Themen können bereits bei der Anmeldung per E-Mail eingereicht werden, damit auch Anliegen berücksichtigt werden, die viele Familien, Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte aktuell bewegen.

Geplante Themen für das Bürgerforum:

1. Mehr Lehrkräfte & Unterrichtssicherung
- Strategien zur Gewinnung neuer Lehrkräfte
- Stand von Verbeamtung und Qualifizierung
- Maßnahmen zur Sicherung von Unterricht und Vertretung

2. Gute Kitas & verlässlicher Ganztag
- Ausbau der Kitaplätze und Qualität der Betreuung
- Fachkräftegewinnung und Fortbildungsmaßnahmen
- Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

3. Schulbau & Lernräume im Wahlkreis
- Schulentwicklungsplanung und Anforderungen an moderne Lernräume
- Transparenz zu geplanten Bauvorhaben im Bezirk

4. Digitale Schule & Ausstattung
- Technische Ausstattung der Schulen

Senatorin Günther-Wünsch und Sattelkau beim Nature Campus der Berlin Cosmopolitan School am Müggelsee
Foto: Team Sattelkau

- Förderung von Medienbildung sowie IT-Support

5. Inklusion, Schulsozialarbeit & Prävention
- Angebote für alle Kinder und passgenaue Unterstützung
- Zusammenarbeit mit Eltern, Jugendhilfe und Trägern

6. Müggelschlößchen-Schule als Schulzentrum
- Weiterentwicklung der Schulangebote
- Sportstätten und Möglichkeiten der gemeinschaftlichen Nutzung

7. Fragerunde & Diskussion: Ihre Anliegen
- Offenes Forum für Fragen und konkrete Anliegen aus den Stadtteilen

Die **Teilnahme ist kostenlos**. Eingeladen sind alle Interessierten aus Müggelheim, Müggelhort, Wendenschloß, dem Allende-Viertel sowie Altstadt/Kietz.

Zur besseren Planung wird jedoch um **Anmeldung per E-Mail** bis zum 13. März 2026 gebeten:

buero@martin-sattelkau.de

Immer informiert sein!

Über unsere Kieznachrichten liefern wir Ihnen aktuelle Informationen über unsere Arbeit direkt in Ihr Postfach.

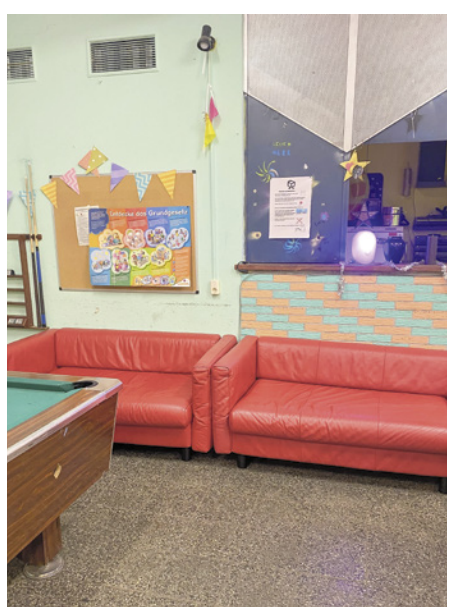
Weitere Informationen finden Sie unter:
- www.martin-sattelkau.de,
- www.instagram.com/martinsattelkau oder
- www.facebook.com/Dr.MartinSattelkau

Nachbarschaftshilfe – praktisch und unbürokratisch

Von Nachbar zu Nachbar

Jede und jeder kennt sie – und ist froh, dass es sie gibt: die schnelle, unkomplizierte und kostenfreie Nachbarschaftshilfe. Wie erleichtert sind wir, wenn ein Nachbar kurz mit anpackt und ein Problem aus der Welt schafft. Genau dieses Prinzip „von Mensch zu Mensch“ macht unseren Kiez stark.

Gemeinsam mit meinem Team leben wir im Wahlkreis eine erweiterte Form dieser Nachbarschaftshilfe: Wenn wir in Kinder- und Jugendeinrichtungen unterwegs sind, schauen wir nicht nur auf Termine und Programme, sondern auch ganz praktisch hin: Was ist kaputt? Was ist verschlissen? Was wird dringend gebraucht? Dabei geht es oft um Dinge, die im Alltag einen großen Unterschied machen – mal sind es neun Regenwassertonnen für ein Gartenprojekt, mal ein Ersatz für einen völlig durchgenutzten Boxsack. Manchmal werden auch alte Fahrräder gesucht, die in den Werkstätten der Kiezklubs repariert und wieder flottgemacht werden. So bekommen Kinder, deren Familien sich kein eigenes Fahrrad leisten können, trotzdem die Chance auf ein Rad – eine kleine Sache mit großer Wirkung.



Möbel haben im „Würfel“ ein neues Zuhause gefunden
Foto: Team Sattelkau

> *In einer guten Nachbarschaft ist man nie allein.*
>
> **Unbekannter Autor**

In der Kinder- und Jugendeinrichtung „Würfel“ im Allende-Viertel ist uns aufgefallen, dass die Sitzmöbel wirklich am Ende waren. Also haben wir innerhalb unseres Netzwerks geprüft, welcher „Nachbar“ helfen kann – denn solche Einrichtungen dürfen gezielte Sachspenden annehmen. Gemeinsam sind wir auf das Hotel „Müggelseeperle“ zugegangen, wo mehrere Couchgarnituren ausgetauscht werden sollten. Im Dezember war es dann so weit: Die ausrangierten Möbel haben im „Würfel“ ein neues Zuhause gefunden – und sorgen dort nun täglich für mehr Gemütlichkeit und Freude. Dem Müggelseeperle Hotel & Conference Berlin gilt dafür ein herzliches Dankeschön!

Wenn Sie etwas haben, das die Ausstattung einer Kinder- oder Jugendeinrichtung in unseren Kiezen verbessern könnte, schreiben Sie uns gern an buero@martin-sattelkau.de. Mein Team klärt dann den konkreten Bedarf direkt mit den Einrichtungen – pragmatisch, passgenau und unkompliziert.

BSR-Kieztag im Allende-Viertel

Gutes Gebrauchtes an die Nachbar:innen weitergeben und den eigenen Sperrmüll einfach vor Ort bei der BSR loswerden. Die beliebten Kieztage machen es möglich: Samstag 13.6.2026, 8:00 – 13:00 Uhr, 12559 Berlin, Salvador-Allende-Straße 47 (im Parkhafen).

Die Standorte der Kieztage können sich kurzfristig ändern. Bitte informieren Sie sich vor dem Termin über die genaue Aktionsfläche.

Schutz von Kleingärten in Treptow-Köpenick

Der Abgeordnete Sattelkau begrüßt, dass durch das Gesetz zum Erhalt von Kleingartenanlagen auf landeseigenen Flächen, wie z.B. die KGA Müggelspree, KGA Müggelheim II und KGA Klein Venedig II, geschützt werden. Der CDU-Abgeordnete Danny Freymark machte deutlich: In Berlin gibt es 56.280 Kleingärten, in Treptow-Köpenick allein sind es etwa 5800 Kleingärten auf landeseigenen Flächen. Sie sind wichtige Erholungsräume, fördern die Biodiversität und verbessern die Regenwasserversickerung. Mit dem Kleingartenflächensicherungsgesetz wird ihr Schutz verbindlich geregelt – damit diese grünen Oasen dauerhaft für die Menschen im Kiez erhalten bleiben. Weiterführende Informationen unter:

Im Kampf gegen illegale Altkleidercontainer im Allende-Viertel

Vermüllung verhindern

Überfüllte Altkleidercontainer und Berge daneben abgelegter Säcke sind seit Monaten ein Ärgernis rund um das Allende-Center (Müggelheimer Straße 36). Viele Hinweise aus der Nachbarschaft haben Dr. Martin Sattelkau und sein Team erreicht – und den Anstoß gegeben, Betreiberangaben und Zuständigkeiten genauer zu prüfen.

Dabei zeigte sich: Auftraggeber, Kontaktwege und tatsächliche Verantwortliche passen nicht immer zusammen. In einer Schriftlichen Anfrage wird beschrieben, dass der Name „Ukraine-Hilfe Berlin e.V.“ auf Containern genutzt wurde, während der Verein öffentlich erklärte, keine Kleidercontainer zu betreiben. Der Verdacht liegt nahe: missbräuchliche Nutzung eines Vereinsnamens und ein kommerzieller Hintergrund.

Die Antworten des Senats (mit Zuarbeit des Bezirksamts) machen außerdem deutlich: Entscheidend ist, wo ein Container steht. Auf öffentlichem Straßenland ist das Aufstellen in der Regel eine genehmigungspflichtige Sondernutzung. Für den Standort Müggelheimer Straße 36 wird in den Unterlagen auch die Frage berührt, ob öffentlicher Straßenraum betroffen ist – genau das ist für Zuständigkeit und Vorgehen entscheidend. Auf privaten Flächen – etwa Supermarkt-Parkplätzen – ist nach Bezirksamt-Darstellung regelmäßig keine Genehmigung erforderlich; maßgeblich ist dort die Zustimmung der Eigentümer.

> *„Sauberkeit und Ordnung sind keine Nebensache – sie entscheiden über unsere Lebensqualität im Kiez.“*
>
> **Martin Sattelkau**
> Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

Anders als oft vermutet gibt es im Bezirk zugleich genehmigte Standorte im öffentlichen Straßenland: Das Straßen- und Grünflächenamt listet aktuell 13 genehmigte DRK-Container – verteilt u.a. auf Köpenick, Grünau, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Schmöckwitz und Oberschöneweide; auch Müggelheim ist mit Standorten vertreten. Für das Allende-Viertel heißt das: genau hinschauen, ob ein Behälter legal steht – und ob er regelmäßig geleert wird.

Sattelkau fordert konsequente Kontrollen, zügige Entfernung unerlaubter Container und spürbare Konsequenzen, wenn Vermüllung billigend in Kauf genommen wird. Das Bezirksamt verweist darauf, das Vorgehen zur Beseitigung bereits mehrfach erläutert zu haben – aus Sicht vieler Anwohner braucht es aber vor allem schnelle, sichtbare Ergebnisse bei der Entsorgung illegaler Sammelstellen.

Für Bürgerinnen und Bürger gilt: Seriöse Sammlungen erkennt man an klaren Kontaktdaten und nachvollziehbaren Betreibern. Missstände und illegale Container können über „Ordnungsamt-Online“ gemeldet werden; das Bezirksamt hat zudem auf berlin.de eine Übersichtsseite mit den genehmigten Standorten veröffentlicht.

Altkleider-Container im Allende-Viertel vermüllt
Foto: Team Sattelkau

Dialog als Grundlage für Gestaltung

Stammtisch der Gewerbetreibenden in der Altstadt Köpenick bringt Themen an einen Tisch

Der monatliche Stammtisch der Gewerbetreibenden in der Altstadt Köpenick findet seit März 2025 im Weinladen in der Grünstraße 4 statt. Er bündelt Hinweise aus dem Alltag – von Erreichbarkeit und Sichtbarkeit der Geschäfte bis zu Terminen und Abläufen rund um die Baustelle.

Initiiert vom Tourismusverein Berlin Treptow-Köpenick e.V., werden regelmäßig Gäste eingeladen, die als zuständige Ansprechpartner Fragen beantworten und Abläufe nachvollziehbar darstellen. So lassen sich Themen schneller einordnen und nächste Schritte klarer benennen.

Ein Schwerpunkt ist die Baustellenkommunikation: Bauphasen, Sperrungen, Umleitungen und mögliche Risiken (z.B. archäologische Begleitung) werden frühzeitig erläutert. Auch Auswirkungen auf Lieferverkehr, Müllentsorgung und Parkmöglichkeiten werden offen angesprochen, damit Betriebe und Kundschaft besser planen können.

Stammtisch der Gewerbetreibenden in der Altstadt Köpenick
Foto: Team Sattelkau

Neben dem Baugeschehen geht es um die Attraktivität der Altstadt. Die Runde sammelt Vorschläge für bessere Wegweisung und gemeinsame Bewerbung, benennt Probleme wie Schmutz an Schaufenstern oder verdreckte Fassaden und bespricht kurzfristige Verbesserungen.

Auch Veranstaltungen werden gemeinsam vorbereitet und ausgewertet. Der „Köpenicker Sommer“ 2025 wurde positiv bilanziert, und für 2026 werden Formate unter Baubedingungen weitergedacht. Ein Beispiel ist die kurzfristig realisierte Weihnachtsbeleuchtung Anfang Dezember 2025 – organisiert mit Unterstützung verschiedener Partner und mitfinanziert über Verwaltung, Wirtschaftsförderung und Spenden.

Der Abgeordnete Martin Sattelkau oder sein Büroleiter André Reiser sind regelmäßig dabei – vor allem, um vor Ort zuzuhören, Hinweise aufzunehmen und Kontakte zu bündeln. Wo kurzfristig keine Lösung möglich ist, werden Punkte festgehalten und bei Bedarf an die zuständigen Stellen gespiegelt.

Martin Sattelkau sagt dazu: „Der Stammtisch zeigt, wie hilfreich regelmäßiger Austausch ist: Informationen kommen zusammen, Entscheidungen werden nachvollziehbarer und Lösungen lassen sich schneller entwickeln.“

MARTIN SATTELKAU
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Haben Sie Themen in Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloß, Müggelhort oder Müggelheim?
Ihr Abgeordneter Martin Sattelkau ist für Sie da!

Ich bin für Sie da:
Bürgerbüro von Martin Sattelkau
Grünstraße 4 | 12555 Berlin
0177 30 34 566
buero@martin-sattelkau.de

Moderne Infrastruktur für Lehre und Forschung: Erweiterungsbau der Alice-Salomon-Hochschule fertig

1700 Studentinnen und Studenten sowie 100 Beschäftigte profitieren

Im Januar war es geschafft, am Kokoschkaplatz in Marzahn-Hellersdorf wurde der neue Ergänzungsneubau der Alice-Salomon-Hochschule Berlin (ASH) feierlich eröffnet. Der Erweiterungsbau ergänzt den bestehenden Campus um moderne Lehr-, Lern- und Arbeitsräume und schafft optimale Bedingungen für bis zu 1700 Studentinnen und Studenten sowie rund 100 Beschäftigte.

Moderner Hochschulneubau in Marzahn-Hellersdorf Foto: CDU-Fraktion/Patrick Liesener

ASH wichtiger Hochschulstandort

Das mehr als 48 Millionen Euro schwere Bauprojekt wurde durch Haushaltsüberschüsse des Programms „Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)“ sowie über den Hochschulpakt realisiert und entstand in drei parallel umgesetzten Bauabschnitten. Der Neubau bietet vielfältige Seminarräume, moderne Skills-Labs, Bewegungs- und Therapieräume, inklusive Gemeinschaftsflächen, und zeigt die Bedeutung der ASH als Zentrum für Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung und Bildung.

Osten der Stadt profitiert

Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt die Fertigstellung. Für die Christdemokraten unterstreicht der Neubau die Bedeutung eines starken Hochschulstandorts Berlin, gerade auch im Osten der Stadt. Moderne Infrastruktur sei entscheidend, um Studenten bestmöglich auszubilden, Forschung zu stärken und Berlin als Bildungs- und Wissenschaftsstandort im nationalen Wettbewerb zu positionieren.

Mehr als

48 Mio. €

wurden in den Ergänzungsneubau der Alice-Salomon-Hochschule investiert

140 Millionen Euro für Wissenschaftsbauten

Bereits letztes Jahr machte die CDU-geführte Koalition deutlich, dass sie auch künftig konsequent in den Hochschul- und Wissenschaftsstandort Berlin investieren will. Allein 2025 hat das Land Berlin rund 140 Millionen Euro in Wissenschaftsbauten investiert. Dieser Weg soll fortgesetzt werden, um Berlins Hochschulen langfristig wettbewerbsfähig zu halten, Fachkräfte auszubilden und Innovation in der Stadt zu sichern.

Insgesamt markiert die Fertigstellung des Gebäudes einen weiteren Meilenstein für die Bildungscampusentwicklung und festigt die Rolle der Alice-Salomon-Hochschule als wichtigen Akteur in der Berliner Hochschullandschaft.

Berlin sichert DFB-Pokalfinale bis 2030

Das DFB-Pokalfinale bleibt bis mindestens 2030 im Berliner Olympiastadion. Das Land Berlin und der Deutsche Fußball-Bund haben dafür einen neuen Rahmenvertrag unterzeichnet. Damit bleibt eines der bedeutendsten Sportereignisse Deutschlands dauerhaft in der Hauptstadt. Das Finale wird bereits seit 1985 ohne Unterbrechung in Berlin ausgetragen und gilt als wichtiges sportliches Aushängeschild der Stadt.

Die CDU-Fraktion Berlin hatte sich bereits bei ihrer Klausurtagung 2024 für eine Verlängerung des Vertrages mit dem DFB ausgesprochen und sieht diese Entscheidung als wichtigen Erfolg für den Sport- und Veranstaltungsstandort Berlin.

Pokalfinale bleibt Berliner Foto: IMAGO/Noah Wedel

Entschlossener Kampf gegen Extremismus! Grüne und Linke versagen – leider

von **Dirk Stettner** – Vorsitzender der CDU-Fraktion Berlin

Unser Land wird täglich angegriffen – von außen wie von innen – digital wie mechanisch. Das ist unerträglich. Drei Jahrzehnte hat sich die Gesellschaft eingeredet, nur von Freunden umgeben zu sein und ein sorgenfreies Leben ohne eigene Kraft zur Verteidigung führen zu können. Dieses Märchen war leider genau das – ein schönes Märchen.

Der linksextremistische Anschlag auf das Berliner Stromnetz zeigt dies in erschreckender Deutlichkeit. 100.000 Berlinerinnen und Berliner, mehr als 45.000 Haushalte waren betroffen – ohne Licht, Heizung, teils in existenziellen Ausnahmesituationen. Stellen wir uns vor, dieser Angriff wäre an 12 Orten verteilt über unsere Stadt gleichzeitig ausgeführt worden. Die Terroristen haben genau geplant und eiskalt zugeschlagen. Dabei haben diese Extremisten bewusst den Tod von Menschen in Kauf genommen.

Angeblich sprechen Politiker nicht gerne über Belastungen. Es ist nicht angenehm. Ehrlich ist aber: Wir werden täglich angegriffen – von außen wie von innen – digital wie mechanisch, von Terroristen wie von ausländischen Mächten. Unsere freie Gesellschaft, unsere Demokratie braucht Verteidigung.

Doch statt klarer Worte und politischer Verantwortung folgte aus Teilen des linken politischen Spektrums erneut Schweigen, Relativierung und Ablenkung. Die Partei Die Linke fällt seit Jahren dadurch auf, dass sie sich nicht eindeutig vom Linksextremismus abgrenzt. Die Grünen verbieten sogar ihren Abgeordneten, die Linksterroristen klar als Täter zu benennen – aus rein wahlkampftechnischen Gründen.

Oberste Aufgabe des Staates ist, seine Bewohner zu schützen

Das ist weder ein Thema noch die Zeit für Wahlkampfgetöse. Wer Gewalt nicht klar benennt, verharmlost sie – und macht sich damit zum politischen Steigbügelhalter extremistischer Strukturen.

Linksextremistische Straftaten: die unterschätzte Gefahr
Foto: IMAGO/IPON

Währenddessen hat Berlin bewiesen, was funktionierender Staat bedeutet. Mehr als 13.000 Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei, Technischem Hilfswerk, Hilfsorganisationen, Bundeswehr und Stromnetz Berlin arbeiteten rund um die Uhr. Die Versorgungssicherheit konnte schneller als angekündigt wiederhergestellt werden. Solidarität, Nachbarschaftshilfe und Einsatzbereitschaft waren stärker als der Terror.

Linksextremismus ist keine Randerscheinung und kein „Protest“, sondern eine ernsthafte Bedrohung für Menschenleben und die öffentliche Ordnung. Grüne und Linke träumen unter anderem von der Abschaffung von Privateigentum und des Verfassungsschutzes. Wenigstens von Terroristen müssen sie sich eindeutig abgrenzen.

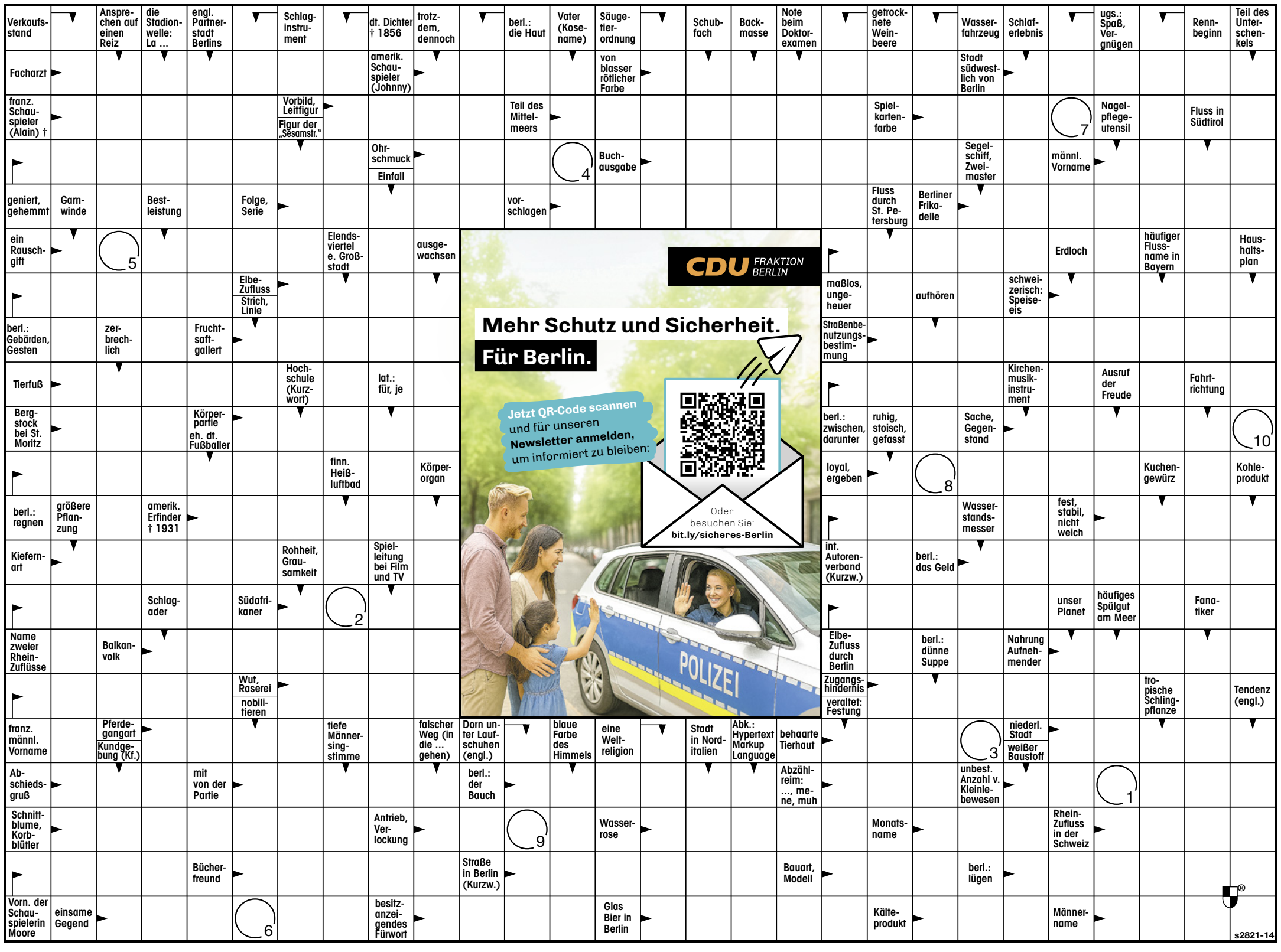
Die Täter müssen konsequent verfolgt und aus dem Verkehr gezogen werden. Die Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt ist ein wichtiges Signal.

Der Schutz kritischer Infrastruktur ist eine zentrale staatliche Aufgabe. Wer diesen Schutz schwächt, Sicherheitsbehörden delegitimiert oder Extremismus relativiert, handelt gegen die Interessen der Berlinerinnen und Berliner.

Berlin braucht jetzt Entschlossenheit, Verantwortung und einen klaren Kampf gegen jede Form von Extremismus. Parteien, die dazu nicht bereit sind oder bewusst wegsehen, zeigen, dass sie der Größe dieser Aufgabe nicht gewachsen sind. Wir werden unsere Stadt besser schützen, wir werden die Berlinerinnen und Berliner besser schützen. Wir werden die Hilfsorganisationen besser ausstatten. Wir stehen klar hinter unserer Polizei und Feuerwehr.

Wir werden zusammenstehen gegen jedweden Angriff auf unsere freie Gesellschaft.

Dirk Stettner
Fraktionsvorsitzender
Foto: Yves Sucksdorff



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Die **Auflösung** finden Sie auf der letzten Seite.

Auf die Plätze, fertig, los! – „Berlin gewinnt (mit) Olympia“

Warum die Spiele vor allem für die junge Generation von so großer Bedeutung sind

Berlin hat seine Olympia-Kampagne offiziell vorgestellt: Sport, Zukunft und Berlin gehören zusammen. Die Hauptstadt tritt nicht nur selbstbewusst auf, sie zeigt mit klaren Botschaften, wie sie die Spiele anders denkt: nachhaltig, urban und mit Blick auf die nächste Generation.

Jubel und Freude bei der Präsentation von Berlins Olympiabewerbung mit dem Regierenden Kai Wegner
Foto: CDU-Fraktion/ Patrick Liesener

Olympiasieger unterstützen die Bewerbung Berlins

Bei der Präsentation standen deshalb nicht nur Vertreter des Senats und der Regierende Bürgermeister Kai Wegner auf der Bühne, sondern auch die Sport-Botschafter Svenja Brunckhorst, Olympiasiegerin im 3x3-Basketball und Ronald Rauhe, zweifacher Olympiasieger im Kanu. Sie geben der Kampagne ein starkes Gesicht und verkörpern, wofür Berlin stehen will: Teamgeist, Leidenschaft und Vorbildfunktion.

Kinder und Jugendliche sind die Athleten von morgen

Ein zentraler Schwerpunkt der Berliner Bewerbung ist dabei der Jugend- und Breitensport. Die Kinder und Jugendlichen von heute werden 2036 bzw. 2040 die Athletinnen und Athleten sein, die in Berlin um olympische Medaillen kämpfen. Die Bewerbung setzt genau hier an und macht deutlich, dass Olympia Motivation schafft, Talente fördert und junge Menschen für Sport, Bewegung und Gemeinschaft begeistert. Berlin würde damit nicht nur Gastgeber sein, sondern auch Sprungbrett für die Sportlerinnen und Sportler von morgen.

Berlin würde Austragung der Spiele gut tun

Die CDU-Fraktion Berlin unterstützt die Olympia-Initiative ausdrücklich. Sie sieht in der Bewerbung eine große Chance für den Sportstandort Berlin, für nachhaltige Investitionen in Infrastruktur und vor allem dafür, Sport und Bewegung zur festen Größe im Berliner Alltag aller Generationen zu machen.

Darüber hinaus würde Berlin von der Austragung der Olympischen Spiele durch Investitionen in Sportstätten, Verkehr und Stadtentwicklung profitieren. Über 90 Prozent der Sportflächen bzw. Sportstätten sind schon vorhanden. Viele dieser Anlagen müssten nur saniert, modernisiert oder für die Wettbewerbsnutzung vorbereitet, statt komplett neu gebaut zu werden. Gleichzeitig entstehen neue Impulse für Wirtschaft, Tourismus und Arbeitsplätze.

Olympia wäre damit nicht nur ein internationales Sportereignis, sondern ein langfristiger Gewinn für ganz Berlin.

Über
90 %
der Sportstätten sind schon vorhanden

Schule nach Margot Friedländer benannt

Das Hans-Carossa-Gymnasium in Kladow wird in diesem Sommer nach Berlins Ehrenbürgerin und Holocaust-Überlebender Margot Friedländer benannt. Als Zeitzeugin hatte sie sich besonders in Schulen gegen das Vergessen der Nazi-Verbrechen und für mehr Menschlichkeit engagiert („Seid Menschen!“) und erhielt zahlreiche Ehrungen und Preise.

Im Mai 2026 steht eine weitere besondere Benennung an, das Landesparlament, das Abgeordnetenhaus von Berlin, bekommt dann die neue Adresse am bisherigen Standort: Margot-Friedländer-Platz. Im Mai 2025 war Margot Friedländer im Alter von 103 Jahren gestorben.

Margot Friedländer, Holocaust-Überlebende und Ehrenbürgerin Berlins
Foto: IMAGO/PIC ONE

Vom Termin-Chaos zur funktionierenden Verwaltung

Neues Bürgeramt auch in Treptow-Köpenick eröffnet

Noch vor wenigen Jahren bestimmten frustrierte Schlagzeilen die Tageszeitungen. Überschriften wie „Termin-Horror nicht vorbei“ oder „Bürgerämter im Krisenmodus: Berliner warten im Schnitt fünf Wochen auf einen Termin“ spiegelten eine Verwaltung, die vielerorts an ihre Grenzen gestoßen war.

Heute zeigt sich ein deutlich anderes Bild und das ist kein Zufall.

Selbsttest zeigt: Termine wieder kurzfristig verfügbar

Ein aktueller Selbsttest der klartext-Redaktion zeigt, wie sehr sich die Situation verändert hat. Für die Beantragung eines Personalausweises lassen sich bereits Termine für den nächsten Tag buchen – und das zu unterschiedlichen Uhrzeiten. Verfügbare Termine fanden sich nachmittags am Testtag 5. Februar unter anderem in den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg und Reinickendorf sowie in weiteren Teilen der Stadt. Die Bürgerämter in Berlin funktionieren wieder. Diese Entwicklung wird maßgeblich der Arbeit der Senatskanzlei Berlin, des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner sowie seiner Staatssekretärin Martina Klement zugeschrieben.

Mehr Personal und Digitalisierung bringen spürbare Entlastung

Ein wichtiger Baustein dieser Verbesserung sind strukturelle Maßnahmen, die bereits im Landeshaushalt vorbereitet wurden. Die CDU-Fraktion Berlin hatte dafür gemeinsam mit dem Koalitionspartner zusätzliche Mittel eingeplant, die der Senat zusammen mit den Bezirken umgesetzt hat. Insgesamt wurden rund 100 zusätzliche Stellen in den Bürgerämtern geschaffen. Ein neuer Springerpool sorgt zusätzlich dafür, Personalengpässe flexibel auszugleichen und das Terminangebot zu erweitern.

Auch organisatorisch wurde nachgesteuert: Über einen zentralen Rekrutierungsservice im Landesverwaltungsamt können freie Stellen nun schneller besetzt werden. Parallel dazu schreitet die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen spürbar voran.

Neue Bürgeramtsstandorte stärken die Versorgung

Ein weiterer entscheidender Schritt war der Ausbau der Infrastruktur. Erst am 17. Dezember 2025 wurde ein neuer Bürgeramtsstandort im sanierten Rathaus Köpenick eröffnet. Damit verfügt Treptow-Köpenick nun über einen dauerhaft starken dritten Standort. Gleichzeitig bleibt der bisher angemietete Standort in der Rudower Chaussee bestehen.

Bereits im Juli 2025 ging zudem ein neues Bürgeramt in Hellersdorf an den Start. Den Auftakt für den Ausbau machte zuvor ein neuer Standort in Spandau im Jahr 2024. Diese neuen Standorte sorgen dafür, dass Bürgerämter räumlich besser erreichbar sind und zusätzliche Termine bereitgestellt werden können.

Seit Mitte 2024 eröffneten
3
neue Bürgeramtsstandorte in Berlin

Viele Anliegen inzwischen auch ohne Termin möglich

Hinzu kommt: Für zahlreiche Verwaltungsleistungen ist inzwischen gar kein Termin mehr erforderlich. Wer beispielsweise eine Meldebescheinigung oder ein Führungszeugnis benötigt, kann dies mittlerweile häufig spontan erledigen.

Die Bürgerämter zeigen, dass Verwaltung funktionieren kann, wenn konsequent investiert, Personal aufgebaut und Prozesse modernisiert werden.

Ein weiteres Berliner Bürgeramt eröffnete in Treptow-Köpenick
Foto: IMAGO/Funke Foto Services

Aussichtsreich: Neues Leben im ICC in Planung

Konzeptverfahren des CDU-geführten Senats tritt in seine entscheidende Phase

Nach Eröffnung 1979 war es eines der bedeutendsten Kongresszentren weltweit, seit mehr als zehn Jahren liegt es im Dornröschenschlaf. Nach jahrelangem Ringen um die Zukunft soll das ICC nun endlich wachgeküsst werden.

Vorsichtiger Optimismus

Das vor zwei Jahren gestartete Konzeptverfahren des Senats tritt jetzt in die entscheidende Dialogphase. Mit dem verbliebenden Bieterkonsortium, ein Zusammenschluss von Baufirmen, Architekten, Projektentwicklern und Gebäudetechnikern, werde bereits über die künftige Raumnutzung gesprochen, hieß es voller Optimismus aus Teilnehmerkreisen. Die Verhandlungen laufen diskret hinter verschlossenen Türen. Ideen und Konzepte werden von einer Jury bewertet.

1979

wurde das ICC eröffnet

Das ICC am Funkturm vor einer neuen Zukunft
Foto: IMAGO/Joko

Der Plan: Künftige Betreiber dürfen das ICC im Rahmen eines Vertrages im Erbbaurecht nutzen. Sie müssen es jedoch auf eigene Kosten sanieren. Zur Gegenfinanzierung dürfen sie das angrenzende und seit Jahren ungenutzte Parkhaus und ein Areal am Messedamm abreißen und neu bebauen.

Senat und Parlament müssen zustimmen

In diesem Sommer soll das Gewinnerkonzept stehen. Senat und Abgeordnetenhaus müssen dem dann noch zustimmen.

Berlins Baustellen-Koordinator

Weniger Staus, gemeinsam besser vorankommen: Jörg Seegers ist seit 1. Februar Berlins Baustellen-Beauftragter. Der ehemalige Geschäftsführer der BVG Projekt GmbH, die für den Ausbau der U-Bahnlinie 5 verantwortlich war, hat diese Aufgabe übernommen. Er wird Verwaltungen, Leitungsbetriebe und Bauunternehmen so miteinander koordinieren, dass Bauarbeiten den Verkehr weniger ins Stocken bringen.

Baustellen ja, Staustellen nein
Foto: IMAGO/Berlinfoto

▶ CDU-FRAKTION FORDERT **ZERSCHLAGUNG LINKSEXTREMISTISCHER NETZWERKE**

Nicht verpassen!

Die nächste Ausgabe vom **klartext** erscheint Ende April 2026

Flüchtlingszahlen sinken deutlich, Abschiebungen steigen deutlich

Die Zahl der in Berlin ankommenden Flüchtlinge sinkt deutlich, auch dank der konsequenten Politik der neuen CDU-geführten Bundesregierung. Berlin musste daher im Jahr 2025 etwa 30 Prozent weniger Geflüchtete als im Vorjahr aufnehmen, so lautet die Bilanz, die in die richtige Richtung zeigt.

Hinzu kommt, dass viele Verfahren mit Abschiebung oder Ausreise abgeschlossen werden konnten. Die Zahl der freiwilligen Ausreisen lag in Berlin mit 13.971 Personen auf einem neuen Höchststand seit 2020, bundesweit waren es mehr als 30.000. Und auch bei den Zahlen der Abschiebungen in Berlin wirkt die konsequentere Migrationspolitik deutlich. Berlin hat unter CDU-Führung im Jahr 2025 nach jeweils rechtsstaatlich abgeschlossenen Verfahren so viele Flüchtlinge abgeschoben wie seit 2017 nicht mehr – von 2017 bis 2023 regierte in Berlin eine rot-rot-grüne Koalition. Darunter waren auch 292 Straftäter, die direkt aus der Strafhaft heraus in ihre Herkunftsländer abgeschoben wurden.

Flüchtlinge: Polizei schiebt mehr ab Foto: IMAGO/STEINSIEK.CH

Für Polizei und Feuerwehr: Bodycams sind Standard

CDU-Fraktion sieht Einführung der Bodycams in Berlin als wichtigen Fortschritt

Berlin rüstet seine Einsatzkräfte technisch auf: Seit dem 29. Dezember 2025 werden Bodycams flächendeckend bei der Polizei Berlin und der Berliner Feuerwehr eingesetzt. Insgesamt wurden rund 3000 Kameras in den Einsatz gebracht – davon 2300 für die Polizei und 700 für die Feuerwehr. Ziel ist es, Einsatzkräfte besser zu schützen, Transparenz zu erhöhen und Straftäter künftig noch zuverlässiger zu dokumentieren.

Möglich wurde der flächendeckende Einsatz erst durch eine Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes, welches die Koalition beschlossen hatte. Die gesetzliche Anpassung schafft die rechtliche Grundlage dafür, dass die Kameras nun regulär im Einsatzalltag genutzt werden können.

Mehr Sicherheit für Einsatzkräfte und Bürger

Bodycams gelten als wirksames Instrument, um Gewalt gegen Einsatzkräfte vorzubeugen. Gleichzeitig sorgen die Kameras für mehr Transparenz bei behördlichem Handeln. Aufzeichnungen können dabei helfen, Einsatzsituationen nachvollziehbar zu dokumentieren und Straftaten Dritter gerichtsfest zu sichern. Gerade bei konfliktgeladenen Situationen im öffentlichen Raum soll der Einsatz der Kameras deeskalierend wirken.

Die CDU-Fraktion Berlin begrüßt die flächendeckende Einführung ausdrücklich. Sie sieht in Bodycams einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Einsatzkräfte sowie zur Stärkung des Vertrauens in staatliches Handeln.

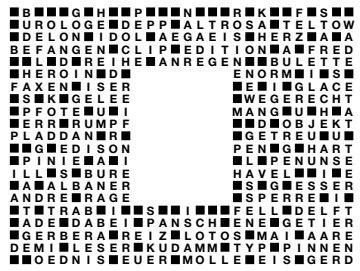
Endlich! Einsatzkräfte haben Bodycams erhalten
Foto: IMAGO/Berlinfoto

CDU-Fraktion setzte sich früh für Bodycams ein

Die CDU-Fraktion Berlin hatte sich bereits in der Vergangenheit wiederholt für die Einführung und Erweiterung der Bodycam-Nutzung eingesetzt. Auf ihre Initiative hin wurde Ende 2023 ein erstes Reformpaket des Sicherheitsrechts beschlossen. Seitdem können Bodycams nicht nur zum Schutz der Einsatzkräfte, sondern auch zum Schutz unbeteiligter Dritter eingesetzt werden, beispielsweise bei gefährlichen Situationen im öffentlichen Nahverkehr oder bei gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Mit der flächendeckenden Einführung erreicht Berlin nun eine neue Stufe bei der technischen Ausstattung seiner Sicherheitsbehörden.

Auflösung Kreuzworträtsel S.6



TULPENZEIT

IMPRESSUM

klartext
Zeitung zur Stadt Berlin, Ihrem Kiez und dem Berliner Parlament

CDU-Fraktion Berlin
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
☎ Telefon: (030) 23 25 21 28
✉ klartext@cdu-fraktion.berlin.de
🌐 www.cdu-fraktion.berlin.de

V.i.S.d.P.: Heiko Melzer
Bildredaktion: Patrick Liesener, Martin Bremer
Editorial Design, Layout, Satz & Produktion: Martin Bremer
Druck: A. Beig Druckerei und Verlag
Verteilung: Deutsche Post AG

Diese Veröffentlichung der CDU-Fraktion Berlin dient ausschließlich der Information und darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.